



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demografischer Wandel – Zukunftserwartungen junger Erwachsener

**Eine Repräsentativbefragung der 20- bis 34-Jährigen
Bevölkerung durch das Institut für Demoskopie Allensbach
im Auftrag des Bundesfamilienministeriums**

Vorwort

Durch die demografischen Veränderungen in Deutschland entstehen für Gesellschaft, Politik und Familien neue Herausforderungen. So macht die wachsende Zahl der Älteren tief greifende Veränderungen der sozialen Sicherung und der Altersvorsorge notwendig. In besonderer Weise werden die heute jungen Erwachsenen von diesen Veränderungen betroffen sein. Denn in den kommenden Jahrzehnten müssen sie als Erwerbstätige die Renten für eine wachsende Zahl von Älteren erwirtschaften, als Angehörige eine wahrscheinlich ebenfalls zunehmende Zahl von Hilfs- und Pflegebedürftigen unterstützen und als Eltern die Erziehung und Förderung ihrer Kinder bewerkstelligen.

Im Auftrag des BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND befragte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH deshalb eine repräsentative Stichprobe der 20- bis 34-Jährigen Bevölkerung zu ihren Einstellungen gegenüber dem demografischen Wandel. Zusammen damit wurden die Lebenswünsche und Lebensperspektiven dieser jüngeren Generation ermittelt, insbesondere im Hinblick auf Berufstätigkeit, Familiengründungen und Altersvorsorge.

Mit den jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 34 Jahren steht eine Altersgruppe im Fokus, in der die Jüngsten Berufseinsteiger oder Studenten sind und die Ältesten mehrheitlich bereits eigene Kinder haben. Damit sind die Lebensperspektiven bereits weitaus besser erkennbar als bei den Jüngeren unter 20 Jahren, wenn auch manche Lebensentscheidungen, wie z.B. die Elternschaft, der Bau oder Kauf eines Hauses oder auch die Begründung einer privaten Altersvorsorge bei vielen noch bevorstehen.

Für diese Untersuchung befragte das Institut zwischen dem 26. Oktober und dem 21. November 2013 insgesamt 1.097 Männer und Frauen. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung im Alter von 20 bis 34 Jahren.

In der Folge sind die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

Zusammenfassung

- Vom demografischen Wandel haben etwa drei Viertel der jungen Erwachsenen bereits gehört (77 Prozent), noch vor 6 Jahren war der Begriff erst etwa der Hälfte der Alterskohorte bekannt (46 Prozent). In der Regel wird der Begriff auch richtig verstanden. Rund die Hälfte der jungen Erwachsenen beschäftigt sich mit den Fragen, die durch den demografischen Wandel entstehen (48 Prozent).
- Über zwei Drittel der 20- bis 34-Jährigen betrachten den demografischen Wandel als ernsthaftes Problem (69 Prozent). Sorgen macht sich deshalb mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen (56 Prozent). Damit ist der demografische Wandel für sie eher Anlass zur Sorge als die Euro-Rettung, der Klimawandel oder die Staatsverschuldung.
- Veränderungen der Gesellschaft werden zum einen aufgrund der Notwendigkeit erwartet, dass die Einzelnen mehr Leistung erbringen müssen, um die Lücken zu füllen, die sich durch das Fehlen von Arbeitskräften öffnen. Dabei stehen für die jungen Erwachsenen eine längere Lebensarbeitszeit, mehr Angehörigenpflege und mehr Berufstätigkeit von Müttern im Vordergrund. Zum anderen sehen die 20- bis 34-Jährigen Einschränkung der staatlichen Versorgung und Leistungen voraus, samt Zwang zu mehr Eigenvorsorge, sowie zusätzliche Belastungen durch höhere Steuern und Abgaben (jeweils über 60 Prozent).
- Annähernd zwei Drittel der jungen Erwachsenen halten auch mehr Zuwanderung von Arbeitskräften für notwendig. Diese Zuwanderung von Arbeitskräften wird eher befürwortet als abgelehnt. Allerdings würden viele andere Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels der verstärkten Anwerbung ausländischer Fachkräfte deutlich vorgezogen.
- Positive Entwicklungen infolge des demografischen Wandels wie etwa verbesserte Chancen am Arbeitsmarkt erwartet lediglich ein Fünftel der jungen Erwachsenen (23 Prozent). In diesem Punkt sind die Vorstellungen der 20- bis 34-Jährigen stark durch die hohe Arbeitslosigkeit der zurückliegenden drei Jahrzehnte geprägt.
- Am eigenen Wohnort beobachtet über die Hälfte der jungen Leute bereits Anzeichen für den demografischen Wandel (53 Prozent, in Ostdeutschland 62 Prozent). Beunruhigende Signale wie etwa die Schließung von Schulen und Kindergärten haben aber erst wenige vor Augen.
- Weitgehend unabhängig von den Befürchtungen zum demografischen Wandel sehen fast zwei Drittel der jungen Erwachsenen dem nächsten Jahrzehnt mit Hoffnungen entgegen (63 Prozent). Dabei spielen die meist positiven Erwartungen für die Entwicklung der eigenen Lebensumstände eine wichtige Rolle.
- Die größten Wünsche der jungen Erwachsenen für die nächsten Jahre richten sich sehr pragmatisch meist auf finanzielle Sorgenfreiheit, einen sicheren Arbeitsplatz und ein festes Einkommen. Daneben streben fast alle eine glückliche Partnerschaft an sowie die Möglichkeit, das Leben in den nächsten Jahren zu genießen, etwa durch Reisen oder das Zusammensein

mit Freunden. Mittelfristig strebt ein Teil der jungen Leute auch den Kauf oder den Erwerb von Wohneigentum an: Wenn alle ihre Pläne umsetzen, würde die Alterskohorte langfristig eine Eigentümerquote von rund 60 Prozent erreichen.

- Allerdings bleiben die Zukunftsvorstellungen der jungen Erwachsenen zunächst noch schemenhaft. Die meisten wagen keine Prognosen für das eigene Leben, die über einen Zeitraum von zehn Jahren hinausgehen. Für rund 60 Prozent reicht der Planungshorizont nicht weiter als fünf Jahre. Konkrete Vorstellungen über das eigene Leben im Alter haben dementsprechend lediglich 7 Prozent. Von daher können sich auch nur wenige mögliche Langzeitauswirkungen des demografischen Wandels auf das eigene Leben konkret vorstellen.
- Die pragmatische Zuversicht der 20- bis 34-Jährigen stützt sich deshalb weniger auf große Zukunftserwartungen als vielmehr auf Ressourcen, die ihnen auch schon in der Gegenwart zur Verfügung stehen, vornehmlich durch ihr Einkommen und Ersparnisse (84 Prozent), ihren Arbeitsplatz (64 Prozent), und die Unterstützung durch ihre Familie (77 Prozent) sowie die Partnerin oder den Partner (84 Prozent der jungen Erwachsenen in Ehen und Partnerschaften). Für Angehörige der einfachen Schicht, die sich weniger auf Ersparnisse oder auch ihre Familie stützen können als andere, spielt vergleichsweise häufig auch die staatliche Absicherung eine große Rolle (55 Prozent).
- Ihre Zukunft sehen die allermeisten jungen Erwachsenen in Deutschland. Nur eine Minderheit von 9 Prozent hat schon einmal ernsthaft eine Auswanderung erwogen, nur 5 Prozent geben eine Auswanderung als Plan für die nächsten Jahre zu Protokoll. Überdurchschnittlich häufig denken jene an eine Auswanderung, die in Deutschland nur schlechte Beschäftigungsaussichten haben. Frühere Umfragen zeigen zudem, dass solche Überlegungen und Wünsche nur selten realisiert werden.
- In den Familien gibt es gute Ausgangsvoraussetzungen für den demografischen Wandel: Rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen verstehen sich in der Regel gut mit älteren Menschen. Dabei ist der eigentliche Begegnungsort von Jüngeren und Älteren die Familie. 53 Prozent der jungen Erwachsenen werden von älteren Angehörigen mit Rat und Tat unterstützt, über ein Viertel der Altersgruppe erhält auch noch regelmäßige finanzielle Unterstützung. 77 Prozent rechnen bei Problemen mit Unterstützung durch ihre Familien. Neben der Unterstützung durch die staatlichen Sicherungssysteme gibt es für viele also auch eine beträchtliche Absicherung durch Partnerin oder Partner und andere Angehörige.
- Die Unterstützung bleibt nicht einseitig. 66 Prozent der 20- bis 34-Jährigen gehen von einer gegenseitigen Verantwortung von Eltern und erwachsenen Kindern aus. Deshalb wären auch 62 Prozent derer, die in den nächsten Jahren einen Pflegefall in der Familie erwarten, zur Übernahme der Pflege oder zur Beteiligung daran bereit.
- Trotz der anhaltenden Bereitschaft zur Angehörigenpflege verringern sich jedoch die Möglichkeiten dazu. Denn wegen ihrer höheren Qualifikation sind die jungen Erwachsenen häufiger zu Ortswechselln gezwungen, was in vielen Familien räumliche Distanz zwischen Eltern und Kindern bewirkt. Zudem stehen weniger Geschwister zur Übernahme möglicher Pflegelasten bereit als in früheren Alterskohorten. Vorerst sind die jungen Erwachsenen aber erst selten mit Pflegebedarf in der Familie konfrontiert.

- Die Indikatoren für die zukünftige Entwicklung der Geburtenraten sehen besser aus als noch vor einigen Jahren. Zwar gibt es heute unter den 20- bis 34-Jährigen weniger Eltern und weniger kinderlose Paare als vor 15 Jahren. Dennoch bedeutet das keine Abkehr vom Lebensmodell der Familie, sondern offenbar eher eine spätere Familiengründung. Kinderlose wünschen sich heute sogar zu deutlich größerem Anteil Kinder als noch 2003. Darüber hinaus werden heute eher festere Kinderwünsche geäußert als damals: 57 Prozent der Kinderlosen wünschen sich bestimmt und 35 Prozent vielleicht Kinder. Nur 7 Prozent schließen Kinder für sich aus (2003 noch 17 Prozent).
- Um den jungen Erwachsenen die Erfüllung ihrer Kinderwünsche zu erleichtern, muss man von den veränderten Lebensumständen der zukünftigen Eltern ausgehen: Insbesondere die angehenden Mütter sind heute eher älter als noch vor einigen Jahrzehnten, höher qualifiziert, fester im Beruf verankert und deshalb auch stärker auf eine Berufstätigkeit hin orientiert. Damit sind Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur geeignet, um die von den meisten Müttern gewünschte Erwerbsbeteiligung zu erleichtern, sondern auch um die Voraussetzungen für die Erfüllung von Kinderwünschen zu verbessern. In dieser Hinsicht entsprechen die Wünsche der meisten (zukünftigen) Eltern den Notwendigkeiten, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben.
- Die jungen Erwachsenen sind zum größten Teil entweder berufstätig oder an einer Berufstätigkeit interessiert. Insbesondere die Erwerbsbeteiligung der jungen Mütter hat sich deutlich vergrößert. Für die Erschließung von Arbeitspotenzialen gibt es durch das breite Interesse an einer Erwerbstätigkeit also gute Voraussetzungen. Allerdings würden sich viele junge Erwachsene eher etwas kürzere Wochenarbeitszeiten wünschen. Und auch die Präferenz von Müttern für eine Teilzeitbeschäftigung bleibt bestehen. Zwar geht über die Hälfte der jungen Erwachsenen davon aus, sich regelmäßig fortbilden zu müssen, um möglichst lange erwerbstätig sein zu können. Eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit würde jedoch nur von etwa einem Fünftel der Altersgruppe befürwortet (23 Prozent). Und nur 4 Prozent können sich jetzt schon vorstellen, auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze noch berufstätig zu sein.
- Berufseinsteiger haben ein sehr differenziertes Bild von den Entwicklungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft. Einige Branchen und Berufe sind nur für vergleichsweise wenige junge Erwachsene attraktiv, andere sind geradezu in Mode: Nachwuchsmangel infolge der demografischen Veränderungen dürfte sich deshalb, auch abhängig von Region und Zuwanderung, ganz unterschiedlich ausprägen.
- Etwa zwei Drittel der berufstätigen 20- bis 34-Jährigen bewerten ihren Berufseinstieg als gut gelungen; 26 Prozent haben vor dem Berufseintritt viele Praktika absolviert. Dabei sind die Vielfach-Praktikanten mit dem Einstieg mehrheitlich zufrieden.
- Die Berichte über den Berufseinstieg deuten auf Veränderungen der Einstellungspraxis unter dem Eindruck des demografischen Wandels: Von den Lehrlingen, die vor etwa 10 bis 15 Jahren ihre Ausbildung beendeten, wurden erst 46 Prozent von ihren Ausbildungsbetrieben eingestellt. Von den Jüngeren, die erst in den zurückliegenden 5 Jahren in den Beruf einstiegen, wurden bereits zwei Drittel (63 Prozent) übernommen. Dabei wirkt sich selbstverständlich auch die gute Entwicklung der Wirtschaftslage aus.

- Rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen stimmen der Maxime zu, dass man sich wegen des sinkenden Rentenniveaus für das Alter zusätzlich absichern müsse (65 Prozent). 37 Prozent leisten selbst regelmäßige Zahlungen für eine private Altersvorsorge, wobei sich der Anteil mit der Zunahme der finanziellen Möglichkeiten deutlich erhöht: Von den 20- bis 24-Jährigen legen erst 20 Prozent etwas für das Alter zurück, von den 30- bis 34-Jährigen bereits 48 Prozent. 28 Prozent möchten in näherer Zukunft mehr Geld für die Altersvorsorge ausgeben.
- Junge Frauen entscheiden sich etwa zu gleichem Anteil wie junge Männer für eine private Altersvorsorge, zahlen in der Regel aber geringere Beiträge ein als jene. 41 Prozent der Mütter unter 35 Jahren gehen davon aus, im Alter auf die Altersvorsorge ihrer Ehemänner und Partner mit angewiesen zu sein.
- Erst 17 Prozent der 20- bis 34-Jährigen halten ihre gegenwärtigen Sparanstrengungen zur Altersvorsorge bereits für ausreichend. Vor allem die Studenten und Berufseinsteiger fühlen sich häufig noch zu jung für solche Fragen (36 Prozent aller jungen Erwachsenen). Jene, die sich nicht mehr zu jung fühlen, sind oft jedoch unsicher, ob ihre Ansätze zu einer privaten Altersversorgung ausreichen und sinnvoll sind (19 Prozent). Etwa jeder Zehnte hat bisher nach eigener Einschätzung noch zu wenig getan, hätte aber auch keinen finanziellen Spielraum, um mehr zu tun (11 Prozent). Wiederum jeder Zehnte schiebt die Entscheidung für eine private Altersvorsorge trotz verfügbarer Mittel vor sich her (10 Prozent).
- Der Blick auf die demografischen Veränderungen in der Gesellschaft führt bei den meisten jungen Erwachsenen nicht zu Ressentiments gegenüber den älteren Generationen. Nur 18 Prozent sehen eine Überforderung der eigenen Generation durch die Beiträge zu Renten- und Krankenversicherungen, von denen vor allem Ältere etwas haben. 59 Prozent sind davon überzeugt, dass Jüngere und Ältere gleichermaßen voneinander profitieren, 15 Prozent sehen die meisten Vorteile sogar auf Seiten der Jüngeren.
- Kritischer betrachten viele Jüngere die politischen Entscheidungen: 55 Prozent der 20- bis 34-Jährigen haben den Eindruck, dass die eher langfristigen Interessen ihrer Generation von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden. Befunde aus anderen Umfragen deuten darauf hin, dass es bei dieser Frage nicht etwa Meinungsverschiedenheiten zwischen Jüngeren und Älteren, sondern weitgehende Übereinstimmung gibt.
- Als vordringliche Maßnahmen für die Bewältigung des demografischen Wandels betrachten die jungen Erwachsenen zum einen die Beachtung der Generationengerechtigkeit: Bei politischen Entscheidungen solle darauf geachtet werden, dass keine Generation benachteiligt wird (65 Prozent). Zum anderen nennen die jungen Erwachsenen vorrangig die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (64 Prozent). Dahinter kommen Wünsche nach einer Verbesserung der Berufsausbildung und der Entwicklung altersgerechter Arbeitsmöglichkeiten. Zudem denken viele 20- bis 34-Jährige an mehr Unterstützung der Älteren, etwa durch zusätzliche Pflegekräfte, Mehrgenerationenhäuser und die Förderung des altersgerechten Wohnens wie auch des öffentlichen Personennahverkehrs. Zudem sollten nach Ansicht der jungen Bürgerinnen und Bürger mehr Anreize für die private Altersvorsorge geschaffen werden.

- Eine verstärkte Anwerbung von ausländischen Fachkräften, eine weitere Erhöhung des Rentenalters oder eine Erhöhung der Sozialbeiträge werden jeweils nur von Minderheiten als geeignete Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels empfohlen. Allerdings rechnen deutliche Mehrheiten der jungen Erwachsenen für die Zukunft bereits mit solchen Schritten.
- Zwar wünschen sich 35 Prozent der jungen Erwachsenen mehr Ermunterung zum politischen Engagement für die Interessen der eigenen Generation. Allerdings interessiert sich die junge Generation erkennbar weniger für politische Fragen als die vorangehenden Alterskohorten.

Diese Veröffentlichung ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: April 2014

Gestaltung: www.avitamin.de

- * Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u.a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.